

Abgeordnete entscheiden über Waffensteuer

Von Michael Brandt

Bremen. Kaum ein Streit ist in den vergangenen Wochen so erbittert geführt worden wie der um die geplante Waffensteuer. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe hat mit seinem Vorschlag, 300 Euro pro Jahr auf jede Waffe zu erheben, den Zorn von Jägern, Schützen und Sportschützen auf sich gezogen. Ab heute tagt die Bürgerschaft. Am Donnerstag will sie in erster Lesung über das umstrittene Gesetz entscheiden, das SPD und Grüne gemeinsam einbringen.



© dpa

Die Idee, eine Waffenbesitzsteuer einzuführen, stößt auch bei Jägern auf Protest.

Die Debatte über die Waffensteuer ist für Donnerstag um 14.30 Uhr geplant. Auf den Rängen dürfte es dann voll werden: Unter anderem hat Martin Jordan, Landesbeauftragter des Reservistenverbandes für den Schießsport, seine Kameraden aufgerufen, die Sitzung im Plenum zu verfolgen und auch gleich die "lieben Waidgesellen" angeschrieben, also die Landesjägerschaft. Auch Schützenvereine werden erwartet. Der Bremer Schützenbund hat gemeinsam mit dem Bezirksschützenverband Bremerhaven-Wesermünde eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: "Diese verfassungswidrigen Pläne werden wir mit allen Mitteln bekämpfen." SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe hat inzwischen eine lange Reihe an Terminen zu diesem Thema absolviert, unter anderem sprach er mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Schützenbundes. Und Anfang des Monats hatte es ein Treffen mit der Landesjägerschaft gegeben. Die Waffenbesitzer wehren sich gegen eine "pauschale Kriminalisierung".

Die CDU ist gegen die geplante Waffensteuer. Sie hatte in den vergangenen Wochen die Betroffenen ebenfalls zu Diskussionen eingeladen. In einem Video auf der Internetseite der CDU warnt zum Beispiel der Vorsitzende des Schützenvereins Oberneuland, dass eine Steuer das Aus für den Verein bedeuten würde.

Abseits der Waffensteuer sieht die Tagesordnung mehrere Debatten über Themen vor, die schon in den vergangenen Woche diskutiert worden sind. So soll die Stadtbürgerschaft heute über einen Antrag von SPD und Grünen beraten, die sogenannte Diskomeile am Breitenweg als Gefahrenpunkt zu entschärfen. Die Meile soll umgebaut werden.

Am Mittwoch präsentiert die Regierungskoalition einen Antrag, das Wahlrecht in Bremen auf all diejenigen auszudehnen, die nicht aus EU-Ländern stammen. Nach Angaben der SPD leben in Bremen 80000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Wie berichtet, schlägt die CDU dazu einen anderen Weg vor: Der Integrationsbeauftragte der Christdemokraten

plädiert für eine doppelte Staatsbürgerschaft und steuert damit auch auf einen innerparteilichen Konflikt zu.

Am Donnerstag schließlich beschäftigt sich das Parlament mit dem geplanten Landesmindestlohngesetz, das zuletzt durch die Debatte über die Bürgerpark-Tombola wieder in den Fokus gerückt ist. Es geht darum, für die öffentliche Hand und für Aufträge der öffentlichen Hand einen Mindest-Stundenlohn von 8,50 Euro festzuschreiben.

Ebenfalls am Donnerstag steht eine Änderung des Ladenschlussgesetzes auf der Tagesordnung. An den Öffnungszeiten der Geschäfte wird sich zwar nichts ändern, die Bürgerschaft muss aber dennoch aktiv werden, weil das bisherige Ladenschlussgesetz auf fünf Jahre befristet war. Die Arbeitnehmerkammer hat zur Problematik der Ladenöffnungszeiten eine Studie vorgelegt und warnt vor den Folgen der Flexibilisierung für die Beschäftigten.

Quelle: Weser-Kurier 22.02.2012